

Hambacher Grundsatzerklärung – Demokratie in bewegten Zeiten

„Freiheit, Einheit, Europa“ – die großen Ideen des Hambacher Festes sind hochaktuell. Dies gilt gerade in einer Zeit des gesellschaftlichen Wandels, in der Demokratien weltweit unter Druck geraten, Bündnisse brüchig werden, sich der demokratische Diskurs verändert und wir die Verrohung der Diskussionskultur erleben.

Wie kaum ein anderer Ort steht das Hambacher Schloss für den Aufbruch in ein demokratisches Deutschland, für ein geeintes Europa und für eine unabhängige Presse. Als Symbol deutscher Freiheitsgeschichte erinnert es an das gemeinsame Wirken mutiger Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft und Nationalitäten. Hier wurden erstmals die Farben unserer Nationalflagge schwarz, rot und gold gezeigt. Sie stehen seither für die demokratischen Traditionen unseres Landes. Der Gemeinsinn und der Mut von 1832 sind Vorbild und Verpflichtung zugleich. Freiheitliche Demokratie schafft die Grundlage für Frieden und Menschenrechte. Sie ist der Motor für Fortschritt, Wirtschaftswachstum und Wohlstand.

Hambach zeigt: Chancen. Schwierigkeiten und Krisenzeiten können gleichzeitig immer auch positive Neuanfänge erleichtern und ermöglichen.

Hambach heißt: Mitgestaltung. Es ist der Aufruf an Bürgerinnen und Bürger, sich einzumischen, sich zu engagieren.

Hambach bedeutet: Zukunft. Übernahme von Verantwortung auf der Basis eines Grundkonsenses von Demokraten. Moderne Demokratie lebt von der steten Suche nach neuen Ansätzen der Bereitschaft zu Kompromissen und dem Mut zu weitreichenden Reformen.

Hambach symbolisiert: Deutsche Einheit. Europäische Gemeinsamkeit. Das friedliche Miteinander von Nationen im Zeichen von Einheit und Freiheit.

Unsere Gegenwart ist geprägt von multiplen Krisen und weitreichenden, geopolitischen und sozioökonomischen Veränderungen. Deren Geschwindigkeit stellt die westliche parlamentarische Demokratie vor große Herausforderungen. Kriege und Klimawandel lösen Migrationsbewegungen aus. Unser Wirtschaftsmodell steht unter Druck und unsere Energiestrategien sind ungenügend. KI und Digitalisierung verändern ganze Berufszweige und das gesamte Alltagsleben. Sie bieten große Chancen, die wir nutzen müssen. Gleichzeitig verändern sie die freie gesellschaftliche Willensbildung und können den Grundkonsens der demokratischen Gesellschaft gefährden. Eine negative Kommunikationsverdichtung über Social Media und Internetportale sorgt zunehmend

für Desorientierung und Desinformation. Die Informationsflut im Netz wird immer schneller. Nicht Zuversicht oder Abwägung erhalten Aufmerksamkeit, sondern Panikmache, Hass und Denunziation. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind dies Zeiten von Sorge, Abstiegsängsten und Zukunftsunsicherheit.

Während das Vertrauen in demokratische Institutionen und Politik sinkt, nimmt die gesellschaftliche Polarisierung gleichermaßen zu. Das wirkt sich spürbar auf demokratische Prozesse aus.

Aus diesen Gründen gilt es, das demokratische System zu stärken und die digitale Souveränität der freien Staaten in Europa zu fördern bzw. herzustellen. Bürgerinnen und Bürgern müssen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zurückgewinnen, wo dieses verloren gegangen ist. Es ist unsere Aufgabe, in der Demokratie die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen und danach zu handeln. Die Demokratie muss wehrhaft bleiben und klare Kante zeigen gegen jedwede Form von Extremismus.

Die Zukunft der Demokratie entscheidet sich in den Regionen, Städten und Gemeinden. Sie sind die existenzielle Keimzelle von Demokratie. Vor Ort ist sie unmittelbar erlebbar und konkret erfahrbar. Hierzu gehört auch die Sichtbarkeit demokratischer Institutionen in der Öffentlichkeit, die mit der Kenntlichmachung durch die Bundes- und Europaflagge im Alltag erreicht werden kann. Diese Symbole spiegeln die demokratischen Traditionen des Hambacher Festes wider und tragen das Bekenntnis zu Freiheit, Einheit und europäischer Gemeinschaft in die Öffentlichkeit.

Demokratie braucht Selbstwirksamkeit: Sie ist dann erfolgreich, wenn Bürgerinnen und Bürger überzeugt sind, selbst etwas bewirken und aktiv in ihrer Stadt oder Gemeinde gestalten zu können.

Starke Kommunen und lebendiger Föderalismus sind dafür wichtige Voraussetzungen. Die finanziellen Herausforderungen von Ländern, Städten und Gemeinden untergraben Gestaltungsräume. Bürgerinnen und Bürger spüren unmittelbar, wenn die wohnortnahe Daseinsvorsorge instabil wird. Sie haben aber auch ein feines Gespür dafür, was notwendig ist und wo wertvolle Ressourcen vergeudet werden.

Eine erfolgreiche Demokratie lebt in Alltagssicherheiten: In guten Bildungsangeboten, in verlässlicher Infrastruktur, in guter, funktionierender und menschlicher Gesundheitsversorgung, in Rechtssicherheit, im Ehrenamt.

Demokratie braucht Gemeinschaftsgefühl. Sie braucht Treffpunkte, Vereine, Feste, Parks, Sportplätze und Einrichtungen für gemeinsames Musizieren. Das ist kein Luxus, sondern schafft Gemeinschaft. Diese Orte bieten auch oft Gelegenheiten zum unmittelbaren persönlichen Austausch von Bürgerinnen und Bürgern mit den von ihnen legitimierten Verantwortungsträgern. Ein offener Meinungsbildungsprozess lebt vom fairen Wettstreit der Ideen und dem Vertrauen in die Integrität aller beteiligten Akteure. Daher müssen staatliche Fördermittel für politisch aktive Nichtregierungsorganisationen (NGOs) klarer als bisher geregelt, transparent gemacht und an demokratische Mindeststandards gebunden werden.

Demokratie funktioniert nicht als Anspruchsgesellschaft, sondern lebt vom Engagement vieler. Unser Staat gewährt ein Höchstmaß an individueller Freiheit und Toleranz. Zur Freiheit gehört aber immer und notwendig Verantwortung. Demokratie ist nicht der ständige Ruf nach dem Staat und kein Anspruch auf Rundumversorgung oder Absicherung individuell gewählter Lebensentwürfe. Zugleich muss der demokratische Staat auf allen Ebenen wieder als funktionierender und lösungsorientierter Dienstleister zur Unterstützung eigenverantwortlicher Bürgerinnen und Bürger erlebbar sein – mit digitalem Bürgerkonto und einfachen Verfahren. Deutschland steht in einer Phase wachsender Anforderungen an staatliches Handeln und gesellschaftlicher Stabilität; insbesondere wachsender und häufig nach Deutschland eingetragener Antisemitismus bereitet der Fraktionsvorsitzendenkonferenz große Sorge. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Fraktionsvorsitzendenkonferenz das Engagement der Bundesregierung: Schutz und Kontrolle an den Grenzen müssen weiter nachhaltig gesichert werden. Zudem müssen tragfähige Partnerschaften mit unseren europäischen Nachbarn, insbesondere an den deutschen Grenzen, weiter ausgebaut werden.

Die veränderte Weltordnung, die großen inneren und äußeren Herausforderungen sind ein Weckruf für die europäischen Staaten, die Gemeinschaft mutig zu gestalten und neu aufzustellen. Darauf müssen wir in Deutschland und Europa neue Antworten finden - politisch, wirtschaftlich, militärisch, medial und in anderen Bereichen.

In diesem Sinn ist die Erinnerung an die Ideen von Hambach der ständige Appell an die europäische Staatengemeinschaft, in Zeiten der Neuorientierung gemeinsame Wege zu suchen, Brüche zu überwinden und immer wieder neu aufeinander zuzugehen. Dafür stehen wir als CDU/CSU-Fraktionen in Europa, dem Bund und den Ländern.